

Insolvenzen Neugründungen Löschungen

■ I. Halbjahr 2006

Eine Untersuchung
der Creditreform
Wirtschaftsforschung


Creditreform

INHALT

SEITE

1	Insolvenzen	1
1.1	Die Insolvenzzahlen in Deutschland im ersten Halbjahr 2006	1
1.2	Das Verbraucherinsolvenzverfahren und die private Überschuldung	4
1.3	Verluste und Schäden durch Insolvenzen	5
1.4	Insolvenzen und Arbeitsplatzverluste	10
1.5	Insolvenzen im finanziellen und konjunkturellen Umfeld	12
1.6	Große Firmeninsolvenzen	21
2	Neueintragungen und Löschungen von Unternehmen	24
2.1	Gründungsbilanz	24
2.2	Parameter der Unternehmensfluktuation	28
3	Zusammenfassung	34

■ 1 Insolvenzen

1.1 Die Insolvenzzahlen in Deutschland im ersten Halbjahr 2006

Die bereits im Jahr 2004 einsetzende rückläufige Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen erfährt in diesem Jahr eine deutliche Fortsetzung: Um 12,8 Prozent auf 16.700 betroffene Unternehmen sank die Zahl der Insolvenzen im ersten Halbjahr 2006. In den ersten sechs Monaten des Jahres zuvor waren noch 19.150 Unternehmenskonkurse zu zählen.

Eine diesem Trend entgegen laufende Entwicklung verzeichnen die Insolvenzen von Privatpersonen: Seit Einführung der Stundungslösung für natürliche Personen Ende 2001 steigen insbesondere die Verbraucherinsolvenzen enorm an; im ersten Halbjahr 2006 liegt die Steigerungsrate bei 40,9 Prozent. 43.600 Personen wollen in den Genuss der Restschuldbefreiung gelangen und beantragten innerhalb der ersten sechs Monate des laufenden Jahres die Eröffnung des Insolvenzverfahrens mit anschließender Restschuldbefreiung.

Die so genannten sonstigen Insolvenzen setzen sich zusammen aus den Insolvenzen der natürlichen Personen als Gesellschafter und den ehemals Selbstständigen sowie aus überschuldeten Nachlässen. Hier ist ein moderater Anstieg um 4,5 Prozent auf insgesamt 16.000 Betroffene zu veranschlagen (Vorjahr: 15.310).

Im ersten Halbjahr 2006 sind insgesamt 76.300 Insolvenzen zu zählen, was einem Anstieg von 16,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Die Creditreform Wirtschaftsforschung rechnet für das Gesamtjahr 2006 mit 32.000 bis 34.000 Unternehmensinsolvenzen und 130.000 bis 140.000 Insolvenzen von Privatpersonen, so dass die Zahl der Gesamtinsolvenzen im Jahr 2006 zwischen 162.000 und 174.000 Fällen liegen würde.

up and down: Privat- und Unternehmensinsolvenzen

Tab. 1: Insolvenzverfahren in Deutschland

■	Gesamt- insolvenzen		Unternehmens- insolvenzen		Verbraucher- insolvenzen **)		sonstige Insolvenzen **)	
1999	33.870	- 0,3%	26.620	- 4,3%	2.450	-	4.800	-
2000	41.780	+ 23,4%	27.930	+ 4,9%	10.360	+ 322,9%	3.490	- 27,3%
2001	49.510	+ 18,5%	32.390	+ 16,0%	13.490	+ 30,2%	3.630	+ 4,0%
2002	84.330	+ 70,3%	37.620	+ 16,1%	21.520	+ 59,2%	25.190	+ 593,9%
2003	100.350	+ 19,0%	39.470	+ 4,9%	33.510	+ 55,7%	27.370	+ 8,7%
2004	118.260	+ 17,8%	39.270	- 0,5%	49.100	+ 46,5%	29.890	+ 9,2%
2005 Hj.	65.410	+ 15,1%	19.150	- 3,9%	30.950	+ 41,5%	15.310	+ 1,7%
2005	136.570	+ 15,5%	36.850	- 6,2%	68.900	+ 40,3%	30.820	+ 3,1%
2006 Hj. *)	76.300	+ 16,6%	16.700	- 12,8%	43.600	+ 40,9%	16.000	+ 4,5%

*) von Creditreform geschätzt

**) Privatinsolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

Die Unternehmensinsolvenzen gehen in Ostdeutschland stärker zurück als in Westdeutschland. Während die alten Bundesländer (exklusive Berlin) einen Rückgang um 10,3 Prozent auf 13.000 betroffene Unternehmen verzeichnen (Vorjahr: 14.500), stellten in den neuen Bundesländern im ersten Halbjahr 2006 insgesamt 3.700 Betriebe einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens, was einem Rückgang von 20,4 Prozent entspricht (Vorjahr: 4.650).

Stärkerer Rückgang im Osten

Die Verbraucherinsolvenzen stiegen in Westdeutschland innerhalb der ersten sechs Monate des laufenden Jahres um 39,2 Prozent auf 33.400 Betroffene an. Im Jahr zuvor lag die Zahl noch bei 24.000 Verbraucherinsolvenzen. Die sonstigen Insolvenzen legten lediglich um 3,4 Prozent zu und belaufen sich auf insgesamt 11.300 Fälle (1. Halbjahr 2005: 10.930 Fälle). Insgesamt steigt die Zahl der Konkurse in Westdeutschland auf ein neues All-time-high von 57.700 Zusammenbrüchen an (Vorjahr: 49.430).

Tab. 2: Insolvenzverfahren in Westdeutschland

■	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen		Verbraucherinsolvenzen **)		sonstige Insolvenzen **)	
1999	25.110	- 0,2%	19.050	- 4,2%	2.030	-	4.030	-
2000	29.590	+ 17,8%	18.120	- 4,9%	8.990	+ 342,9%	2.480	- 38,5%
2001	36.010	+ 21,7%	21.750	+ 20,0%	11.150	+ 24,0%	3.110	+ 25,4%
2002	62.940	+ 74,8%	26.550	+ 22,1%	18.240	+ 63,6%	18.150	+ 483,6%
2003	76.520	+ 21,6%	29.650	+ 11,7%	27.740	+ 52,1%	19.130	+ 5,4%
2004	90.680	+ 18,5%	30.080	+ 1,5%	41.820	+ 50,8%	18.780	- 1,8%
2005 Hj.	49.430	+ 13,8%	14.500	- 4,7%	24.000	+ 35,2%	10.930	+ 4,5%
2005	103.640	+ 14,3%	28.020	- 6,8%	53.810	+ 28,7%	21.810	+ 16,1%
2006 Hj. *)	57.700	+ 16,7%	13.000	- 10,3%	33.400	+ 39,2%	11.300	+ 3,4%

*) von Creditreform geschätzt

**) Privatinsolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

In den neuen Bundesländern nimmt die Zahl der Verbraucherinsolvenzen stärker zu als in den alten: Um fast 50 Prozent (46,8 Prozent) stiegen die Anträge auf Restschuldbefreiung auf insgesamt 10.200 Fälle. Im Vorjahreszeitraum waren noch 6.950 Anträge zu zählen. Die Zahl der sonstigen Insolvenzen beläuft sich innerhalb der ersten sechs Monate des laufenden Jahres auf 4.700 Fälle; das entspricht einer Steigerung von 7,3 Prozent (Vorjahr: 4.380). Insgesamt sind in den neuen Bundesländern innerhalb des ersten Halbjahres 2006 18.600 Insolvenzanträge gestellt worden, was einer Zunahme um 16,4 Prozent entspricht (Vorjahr: 15.980).

Tab. 3: Insolvenzverfahren in Ostdeutschland

■	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen		Verbraucherinsolvenzen **)		sonstige Insolvenzen **)	
1999	8.760	- 0,6%	7.570	- 4,7%	420	-	770	-
2000	12.190	+ 39,2%	9.810	+ 29,6%	1.370	+ 226,2%	1.010	+ 31,2%
2001	13.500	+ 10,7%	10.640	+ 8,5%	2.340	+ 70,8%	520	- 48,5%
2002	21.390	+ 58,4%	11.070	+ 4,0%	3.280	+ 40,2%	7.040	+ 1253,8%
2003	23.830	+ 11,4%	9.820	- 11,3%	5.770	+ 75,9%	8.240	+ 17,0%
2004	27.580	+ 15,7%	9.190	- 6,4%	7.280	+ 26,2%	11.110	+ 34,8%
2005 Hj.	15.980	+ 19,1%	4.650	- 1,3%	6.950	+ 68,7%	4.380	- 4,6%
2005	32.930	+ 19,4%	8.830	- 3,9%	15.090	+ 107,3%	9.010	- 18,9%
2006 Hj. *)	18.600	+ 16,4%	3.700	- 20,4%	10.200	+ 46,8%	4.700	+ 7,3%

*) von Creditreform geschätzt

**) Privatinsolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

In Nordrhein Westfalen nahmen die Unternehmensinsolvenzen überdurchschnittlich und zwar um 17,0 Prozent auf 4.680 betroffene Betriebe ab (Vorjahr: 5.640). Die Insolvenzen von Verbrauchern und die sonstigen Insolvenzen legten insgesamt um 21,6 Prozent auf 10.620 Fälle zu (1. Halbjahr 2005: 8.730), so dass das bevölkerungsreichste Bundesland insgesamt 15.300 Konkurse aufweist, was einer Steigerung von 6,5 Prozent entspricht (Vorjahr: 14.370).

1.2 Das Verbraucherinsolvenzverfahren und die private Überschuldung

Seit Einführung der Insolvenzordnung 1999 beantragten insgesamt knapp 243.000 Verbraucher die Restschuldbefreiung. Diese große Zahl wirkt angesichts von 3,13 Millionen überschuldeter Haushalte in Deutschland vergleichsweise gering und lässt fürchten, wie sich die Zahl der Anträge in den nächsten Jahren entwickeln wird. Nach Angaben der Verbraucherzentrale hat nur jeder achte Überschuldete Zugang zu der im Gesetz vorgeschriebenen Beratung. Auf 5.000 Einwohner kommt durchschnittlich ein Schuldnerberater, viele warten bis zu anderthalb Jahre auf einen Beratungstermin. Teilweise bieten die Schuldnerberatungsstellen schon Gruppentermine an, um der Flut der Überschuldeten Herr zu werden.

Rund 80 Prozent der Verbraucherinsolvenzen sind so genannte masselose Verfahren, in denen der Schuldner weder die Forderungen, die gegen ihn gerichtet sind – oder zumindest einen Teil davon – noch die Gerichtskosten aufbringen kann. In diesen Fällen tragen die Bundesländer die Verfahrenskosten, die sich im vergangenen Jahr auf 64,5 Millionen Euro beliefen. Anfang Juni tagte die Justizministerkonferenz, auf der die geplanten Änderungen des Verbraucherinsolvenzverfahrens diskutiert wurden, um die Länderhaushalte zu entlasten. So soll in Zukunft in Fällen, in denen der Schuldner gar keine Forderungen begleichen kann, kein Treuhänder mehr eingesetzt werden. Nach den geplanten Änderungen wird vom Schuldner ein Gläubiger- und Forderungsverzeichnis erstellt, das die Gerichte dann weiterleiten. In einem Zeitraum von acht

Neue Wege im Recht

statt bisher sechs Jahren wird überwacht, dass keine neuen Schulden mehr entstehen. Wenn der Schuldner in dieser Zeit zu Vermögen kommt – etwa durch einen Lottogewinn oder eine Erbschaft – wird dieses entsprechend an die Gläubiger verteilt. In den Verfahren, in denen der Schuldner seinen Gläubigern zumindest einen Teil der Schulden zurückzahlen kann, soll die Länge der Wohlverhaltensperiode an die Höhe der Quote gekoppelt werden, die er seinen Gläubigern anbieten kann.

Mehr als zwei Drittel der überschuldeten Privathaushalte in Deutschland haben Schulden bei Kreditinstituten. Die übrige Schuldenstruktur variiert je nach Ursprung des Haushalts aus den alten oder neuen Bundesländern. In den alten Bundesländern dominieren neben den Kreditschulden (71 Prozent) die Versandhandelsschulden (42 Prozent) und offene Versicherungsbeiträge (30 Prozent). In den neuen Bundesländern haben 68 Prozent Kreditschulden, 41 Prozent Versandhandelsschulden und 32 Prozent Mietschulden sowie Schulden bei Telefongesellschaften.

Konsum wird finanziert

Einer Studie von Roland Berger zufolge wird ein Darlehen am häufigsten für den Autokauf aufgenommen. „Früher war eine Autofinanzierung verpönt, doch das sieht heute anders aus. Etwa 80 Prozent der Deutschen leasen oder finanzieren mittlerweile ihr Auto“, so Jennifer Geismar von der Volkswagen Bank.

1.3 Verluste und Schäden durch Insolvenzen

Die Summe der Insolvenzscha­den hat sich – trotz massiver Zunahme bei den Verbraucherinsolvenzen – parallel zum Rückgang der Unternehmensinsolvenzen zurückentwickelt. So liegt der Schaden, den eine Verbraucherinsolvenz verursacht, deutlich unter dem Niveau eines Unternehmenszusammenbruchs. So ist die Mehrheit (27 Prozent) der Haushalte in den alten Bundesländern mit Gesamtschulden zwischen 10.000 und 25.000 Euro belastet, wenn sie einen Insolvenzantrag stellen. In den neuen Bundesländern haben Haushalte mehrheitlich Schulden von bis zu 10.000 Euro angesammelt (52 Prozent). Die 100.000-Euro-

Grenze Gesamtschulden überschreiten in den neuen Bundesländern lediglich sechs Prozent der überschuldeten Haushalte und neun Prozent in den alten Bundesländern. Der Schaden, den eine Unternehmensinsolvenz verursacht, liegt – wie in Tabelle 5 dargestellt wird – bei etwa 700.000 Euro.

Im ersten Halbjahr 2006 belaufen sich die Insolvenzschiäden für Gesamtdeutschland auf 17,1 Milliarden Euro – 1,7 Milliarden Euro weniger als noch vor einem Jahr.

Tab. 4: Insolvenzschiäden in Deutschland in Mrd. Euro

■	private Schiäden	Öffentliche Hand	Gesamt
1999	17,9	9,7	27,6
2000	17,9	9,2	27,1
2001	22,0	10,3	32,3
2002	26,6	11,8	38,4
2003	27,9	12,6	40,5
2004	27,5	11,9	39,4
2005 Hj.	12,5	6,3	18,8
2005	26,7	10,8	37,5
2006 Hj. *)	11,3	5,8	17,1

*) von Creditreform geschätzt

Private Gläubiger trifft eine Insolvenz in der Regel härter als die Öffentliche Hand. So sind im ersten Halbjahr 2006 11,3 Milliarden Euro private Schiäden zu veranschlagen (Vorjahreswert: 12,5 Milliarden Euro) – öffentliche Gläubiger erleiden Schiäden in Höhe von 5,8 Milliarden Euro (Vorjahr: 6,3 Milliarden Euro).

Leichte Rückgänge auch bei den Schiäden

Tab. 5: Private Insolvenzverluste in Deutschland

■	Forderungsverluste in Mrd. Euro	je Insolvenzfall in Euro
1999	17,9	672.000
2000	17,9	641.000
2001	22,0	679.000
2002	26,6	707.000
2003	27,9	707.000
2004	27,5	700.000
2005 Hj.	12,5	653.000
2005	26,7	725.000
2006 Hj. *)	11,3	677.000

*) von Creditreform geschätzt

Bezieht man die Insolvenzschiiden der privaten Gläubiger auf die Zahl der Unternehmensinsolvenzen, erhält man die durchschnittliche Schadenssumme, die eine Unternehmensinsolvenz verursacht. Im ersten Halbjahr 2006 waren das 677.000 Euro pro Zusammenbruch. Der Wert liegt damit leicht über der Summe des ersten Halbjahres 2005 (653.000 Euro), aber unter dem Wert für das Gesamtjahr 2005 (725.000 Euro).

Der in Köln ansässige Pensions-Sicherungs-Verein (PSV), der die Betriebsrenten von Millionen Beschäftigten gegen die Insolvenz ihres Arbeitgebers absichert, bezifferte im Jahresabschluss das Schadenaufkommen 2005 mit 1,2 Milliarden Euro. Zwar sei die Zahl der den PSV betreffenden Insolvenzen von 675 auf 580 gesunken, die Insolvenz von Walter Bau im vergangenen Jahr habe jedoch mit einem mittleren dreistelligen Millionen-Betrag zu Buche geschlagen, so der PSV. Das Beitragsvolumen stieg deshalb im vergangenen Jahr auf 1,2 Milliarden Euro (Vorjahr: 882 Millionen Euro). Das entspricht einem Beitragssatz von 4,9 Promille (Vorjahr: 3,6) der Bemessungsgrundlage von 251 Milliarden Euro.

In Zukunft können die dem PSV angeschlossenen Unternehmen mit weniger stark schwankenden Beitragssätzen rechnen. Grund dafür ist die geplante Änderung des Betriebsrentengesetzes, das die Finanzierung des Vereins neu regelt. Die Gesetzesvorlage wurde am 3.

Änderungen bei der Pensionssicherung

Mai vom Kabinett verabschiedet. Danach soll der PSV zukünftig bei Großinsolvenzen die in einem Jahr anfallenden Beitragslasten auf fünf Jahre verteilen können. Zweiter wichtiger Bestandteil der Änderung ist die Umstellung der Finanzierung von einem Teilumlageverfahren auf eine vollständige Kapitaldeckung. Bei der Insolvenz eines Unternehmens müssen künftig auch die Anwartschaften aktuell noch berufstätiger Arbeitnehmer schon im Jahr der Pleite voll ausfinanziert und mit dem Barwert angesetzt werden. Bisher gilt das nur für zum Zeitpunkt der Insolvenz bereits laufende Betriebsrenten. Durch die Neuregelung müssen rund 2,2 Milliarden Euro Altlasten nachfinanziert werden. Um die PSV-Mitglieder nicht auf einen Schlag zu sehr zu belasten, soll die Nachfinanzierung auf 15 Jahre gestreckt werden.

Die Zahl der mangels Masse abgewiesenen Unternehmensinsolvenzen ist seit Einführung der Insolvenzordnung konstant rückläufig.

Tab. 6: Unternehmensinsolvenzen in Westdeutschland

■	Insolvenzverfahren	mangels Masse abgelehnt	
		absolut	in Prozent
1999	19.050	12.700	66,7
2000	18.120	10.102	55,8
2001	21.750	11.953	55,0
2002	26.550	10.930	41,2
2003	29.650	11.830	39,9
2004	30.080	11.550	38,4
2005 Hj.	14.500	5.290	36,5
2005	28.020	10.050	35,9
2006 Hj. *)	13.000	4.200	32,3

*) von Creditreform geschätzt

In Westdeutschland werden mittlerweile mehr als zwei Drittel aller Verfahren eröffnet (67,7 Prozent im Vergleich zu 63,5 Prozent im 1. Halbjahr 2005), was einem Anstieg um 4,2 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr entspricht und einer Halbierung der abgewiesenen Anträge im Vergleich zum Jahr 1999.

Tab. 7: Unternehmensinsolvenzen in Ostdeutschland

■	Insolvenzverfahren	mangels Masse abgelehnt	
		absolut	in Prozent
1999	7.570	6.103	80,6
2000	9.810	6.400	65,2
2001	10.640	5.810	54,6
2002	11.070	6.280	56,7
2003	9.820	4.700	47,9
2004	9.190	4.110	44,7
2005 Hj.	4.650	1.880	40,4
2005	8.830	3.540	40,1
2006 Hj. *)	3.700	1.400	37,8

*) von Creditreform geschätzt

In Ostdeutschland wurden bei Einführung der Insolvenzordnung noch über 80 Prozent aller Verfahren mangels Masse eingestellt. Mittlerweile konnte man auch hier die Eröffnungsquoten deutlich steigern. Im ersten Halbjahr 2006 wurden immerhin 62,2 Prozent aller Insolvenzverfahren eröffnet (1. Halbjahr 2005: 59,6 Prozent).

Insbesondere nach Einführung der Stundungslösung für natürliche Personen Ende 2001 wurden die Insolvenzen von Einzelunternehmen, Kleingewerbetreibenden und den Freiberuflern so gut wie gar nicht mehr abgewiesen. Diese augenscheinliche Verbesserung ging aber zu Lasten der Länderhaushalte, die – wie beschrieben – für die Verfahrenskosten aufzukommen haben. Zudem kann davon ausgegangen werden, dass in einem Verfahren, in dem noch nicht einmal die nötigen Gerichtskosten aufgebracht werden können, es auch zu keiner Gläubigerbefriedigung kommen wird.

Ob sich die Eröffnungsquoten tatsächlich – mit besseren Befriedigungsaussichten für die Gläubiger – positiv entwickelt haben, kann nur untersucht werden, wenn man diejenigen Schuldner nicht mitrechnet, die einen Anspruch auf Stundung der Verfahrenskosten haben. Betrachtet man also nur die Insolvenzen von Personen- und Kapitalgesellschaften, ergibt sich folgendes Bild: Die Eröffnungsquoten stiegen von 1999 bis 2001

Masse wurde nicht größer

auf etwa 50 Prozent an und liegen seitdem konstant auf diesem Niveau.

Dieses unbefriedigende Ergebnis wird noch untermauert, wenn man bedenkt, dass es Einstellungen mangels Masse auch bei den Kapitalgesellschaften eigentlich gar nicht geben dürfte, da die Verantwortlichen gemäß §19 InsO verpflichtet sind, bereits bei Überschuldung einen Insolvenzantrag zu stellen und nicht erst bei vorliegender Zahlungsunfähigkeit. Überschuldung liegt nach dem Gesetz vor, wenn das Vermögen des Schuldners die bestehenden Verbindlichkeiten nicht mehr deckt. In diesem Stadium müssten aber zumindest noch die Verfahrenskosten aus dem Unternehmensvermögen aufzubringen sein.

In diesem Zusammenhang sei noch kurz auf den seit 1999 bestehenden Eröffnungsgrund der „drohenden Zahlungsunfähigkeit“ verwiesen, der vom Gesetzgeber in das Regelwerk der Insolvenzordnung aufgenommen wurde, um die Eröffnungsquoten zu erhöhen und so eine bessere Gläubigerbefriedigung zu erreichen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (destatis) wurden im Jahr 2005 lediglich 223 Insolvenzanträge aufgrund von drohender Zahlungsunfähigkeit gestellt. Das ist noch nicht mal ein Prozent aller Anträge.

1.4 Insolvenzen und Arbeitsplatzverluste

Die Zahl der insolvenzbedingten Arbeitsplatzverluste ist nur schwer exakt zu ermitteln. Zum einen werden Unternehmen in der Regel schon vor Stellung eines Insolvenzantrages Personal abgebaut haben. Aber auch Arbeitnehmer – insbesondere Leistungsträger – werden schon frühzeitig bemüht sein, in einem anderen Unternehmen unterzukommen. Auf der anderen Seite bedeutet die Stellung eines Insolvenzantrages nicht zwangsläufig das Aus für den gesamten Mitarbeiterstab. Durch Umstrukturierungsmaßnahmen und Veräußerung von Teilen des Unternehmens kann häufig eine große Anzahl von Arbeitsplätzen erhalten bleiben. Als Beispiel sei hier die Insolvenz von „Ihr Platz“ genannt, bei der lediglich 700 von weit über 8.000 Stellen abgebaut werden mussten.

Arbeitsplatz in der Insolvenz

Die Zahl der Gesamtarbeitsplatzverluste beläuft sich nach Creditreform Berechnungen für die ersten sechs Monate des laufenden Jahres auf 234.000 Betroffene. Das entspricht einem Rückgang von 13,0 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Im ersten Halbjahr 2005 waren noch 269.000 Personen von der Insolvenz ihres Arbeitgebers betroffen. Damit liegt die Abnahme der insolvenzbedingten Arbeitsplatzverluste knapp über dem Rückgang der Unternehmensinsolvenzen von 12,8 Prozent, was darauf hindeutet, dass weniger große Unternehmen mit einer hohen Beschäftigungszahl und mehr kleine Unternehmen im ersten Halbjahr 2006 von Insolvenzen betroffen sind.

Tab. 8: Gesamtarbeitsplatzverluste insolventer Unternehmen in Deutschland

■	Anzahl der Personen	Veränderung in Prozent
1999	471.000	- 6,0
2000	448.000	- 4,9
2001	503.000	+ 12,3
2002	590.000	+ 17,3
2003	613.000	+ 3,9
2004	605.000	- 1,3
2005 Hj.	269.000	- 16,5
2005	563.000	- 6,9
2006 Hj. *)	234.000	- 13,0

*) von Creditreform geschätzt

Wie unterschiedlich die Zahlen sind, zeigen die Angaben von destatis und BA. Das Statistische Bundesamt beziffert die Zahl der Beschäftigten der insolventen Unternehmen für die ersten drei Monate des laufenden Jahres mit 30.123, gibt aber selbst an, dass etwa 15 Prozent der Gerichte keine Angaben zur Beschäftigung machen konnten.

Bei Eintritt einer Insolvenz haben die betroffenen Arbeitnehmer Anspruch auf die ausstehenden Lohn- und Gehaltszahlungen für die vorangegangenen drei Monate, der bei der Bundesagentur für Arbeit geltend gemacht wird. Die Bundesagentur für Arbeit zählt jeden gestellten Antrag auf Insolvenzgeld und kommt in den

ersten beiden Monaten 2006 auf insgesamt 67.508 Anträge. Im selben Zeitraum des Vorjahres waren es noch 79.030 Anträge, was einem Rückgang um 14,6 Prozent entspricht.

1.5 Insolvenzen im finanziellen und konjunkturellen Umfeld

„Im Frühsommer 2006 sind die Unternehmen so gut gestimmt wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr“, fasst DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben die Ergebnisse einer im Auftrag des DIHK durchgeführten Unternehmensbefragung zusammen. Auch die Ergebnisse der Creditreform Frühjahrsbefragung waren von Optimismus sowohl was die aktuelle Lage als auch die Perspektiven für die kommenden sechs Monate betrifft geprägt. Als weiteres Indiz für eine konjunkturelle Belebung werden die jüngsten Arbeitslosenzahlen und die seit langem herbeigesehnte und endlich einsetzende Konsumfreude der Verbraucher herangezogen.

Vor verfrühtem Optimismus oder gar Euphorie warnen aber nicht nur die Bundesagentur für Arbeit (BA), sondern auch führende Wirtschaftsexperten. Die Warnzeichen seien nicht zu übersehen, welche die Dauerhaftigkeit und Stabilität des Aufschwungs zumindest fragwürdig erscheinen lassen: die maßvolle Aufwertung des Euros, die hohen Energie- und Rohstoffkosten, der moderate Straßungskurs der Geldpolitik, eine mögliche Abschwächung der Weltwirtschaft, vor allem aber der völlig offene Reformkurs der großen Koalition und die kommenden Steuererhöhungen.

Für eine grundlegende Belebung des Arbeitsmarktes seien die wirtschaftlichen Impulse noch nicht stark genug, so die BA. In der Tat steigt zwar die Beschäftigung in Minijobs inzwischen wieder an. Bei den regulären sozialversicherungspflichtigen Stellen ist eine Trendwende immer noch nicht in Sicht. Die Kauflaune der Konsumenten bezeichnen Fachleute angesichts der 2007 bevorstehenden Mehrwertsteuererhöhung als „Strohfeuer“. Einer Umfrage der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) zufolge, planen 13 Prozent der

Nachhaltige Besserung?

Verbraucher das Vorziehen von Anschaffungen und weitere 40 Prozent schließen sie nicht aus.

Tab. 9: Insolvenzen in den Hauptwirtschaftsbereichen im 1. Halbjahr 2006 *)

■	absolut	%-Anteil am gesamten Insolvenzaufkommen	%-Veränderung gegenüber dem Vorjahr
Verarb. Gew.			
West	1.520 (1.600)	11,7 (11,0)	- 5,0
Ost	350 (450)	9,5 (9,8)	- 22,2
Deutschland	1.870 (2.050)	11,2 (10,7)	- 8,8
Bau			
West	2.240 (2.640)	17,2 (18,2)	- 15,2
Ost	1.020 (1.280)	27,6 (27,5)	- 20,3
Deutschland	3.260 (3.920)	19,5 (20,5)	- 16,8
Handel			
West	2.790 (3.340)	21,5 (23,0)	- 16,5
Ost	600 (850)	16,2 (18,3)	- 29,4
Deutschland	3.390 (4.190)	20,3 (21,9)	- 19,1
Dienstleist.			
West	6.450 (6.920)	49,6 (47,7)	- 6,8
Ost	1.730 (2.070)	46,8 (44,5)	- 16,4
Deutschland	8.180 (8.990)	49,0 (46,9)	- 9,0
Gesamt			
West	13.000 (14.500)	100,0 (99,9)	- 10,3
Ost	3.700 (4.650)	100,1 (100,1)	- 20,4
Deutschland	16.700 (19.150)	100,0 (100,0)	- 12,8

*) von Creditreform geschätzt
() = Vorjahresangaben

Ob die Abnahme der Unternehmensinsolvenzen direkt mit der aktuellen konjunkturellen Situation begründet werden kann, erscheint zweifelhaft, folgen doch die Konkurse der Konjunktur in der Regel mit einem zeitlichen Abstand. Alles hängt also entscheidend von der konjunkturellen Entwicklung der nächsten Monate ab. Erst dann wird sich herausstellen, ob sich die derzeitige Tendenz festigen wird oder ob es sich nur um eine kurzzeitige Entspannung der Situation bei den Insolvenzen der Unternehmen handelt.

Der Blick auf die Insolvenzen nach Hauptwirtschaftsbereichen offenbart eine zweigeteilte Branchenentwicklung: Während die Insolvenzen im Verarbeitenden Gewerbe und bei den Dienstleistern nur wenig abnehmen, sind im Bau und im Handel deutliche Rückgänge zu verzeichnen.

**Branchenkonjunktur
entscheidet**

Die Baubranche musste sich seit Ende des Baubooms nach der Wiedervereinigung Mitte der 90er Jahre einem gewaltigen Schrumpfungsprozess unterziehen. Rund die Hälfte der einst 1,4 Millionen Arbeitsplätze wurde abgebaut. So könnte der Schrumpfungsprozess zu einer Stabilisierung der Branche geführt haben. Dafür spricht der Rückgang der Insolvenzen im Bau um ganze 16,8 Prozent (Ost: minus 20,3 Prozent; West: minus 15,2 Prozent). Auch bei den Bauinvestitionen zeichnet sich nach jahrelanger Flaute immerhin eine Festigung ab. Und das Bauhauptgewerbe verzeichnete im April 2006 in Deutschland preisbereinigt 5,9 Prozent höhere Auftragseingänge als im entsprechenden Vorjahresmonat. Zu bedenken bleibt allerdings, dass die Bauwirtschaft in diesem Jahr auch den Auftragsschub abarbeitet, den die Abschaffung der Eigenheimzulage Ende 2005 auslöste.

Die Insolvenzen im Handel nahmen um 19,1 Prozent ab und verkleinerten ihren Anteil am gesamten Insolvenzaufkommen von 21,9 Prozent im letzten Jahr auf aktuell 20,3 Prozent. In Ostdeutschland ging der Anteil sogar um 29,4 Prozent zurück. Innerhalb der ersten sechs Monate 2006 gingen dort 600 Handelsunternehmen in die Insolvenz – vor einem Jahr waren es noch 850. Insbesondere der Großhandel erlebte ein erfolgreiches Jahr 2005. Die Umsätze wuchsen um nominal vier Prozent und preisbereinigt um 2,2 Prozent auf 614 Milliarden Euro. Der Beschäftigungsrückgang schwächte sich weiter ab, es gingen nur noch 5.000 Arbeitsplätze verloren (minus 0,5 Prozent). Laut BGA-Prognose gewinnt der Aufschwung im Großhandel im Jahr 2006 noch leicht an Tempo. Dort geht man davon aus, dass die Umsätze nominal um 4,5 und preisbereinigt um 2,5 Prozent auf 641 Milliarden Euro steigen werden.

Die optimistische Stimmung im Einzelhandel setzte dagegen erst im April 2006 ein, und dürfte noch keinen Einfluss auf den Rückgang der Insolvenzen gehabt haben. Im April setzte der Einzelhandel real 2,8 Prozent mehr um als im Vormonat. Aufkeimender Freude wird jedoch direkt ein Dämpfer erteilt: Wegen des schlechten Wetters und der Tatsache, dass Ostern

Festigung bei Bau und Großhandel

2006 anders als in 2005 in den April fiel, seien die Ergebnisse im März gedrückt und im April nur nachgeholt worden. „Das Niveau im April überzeichne nur die Lage“, urteilt Matthias Rubisch von der Commerzbank.

Die Insolvenzen der Dienstleistungsbetriebe machen traditionell den größten Anteil am Insolvenzgeschehen aus, der sich im Jahresverlauf auch noch einmal erweiterte, da die Insolvenzen in dieser Branche nur unterdurchschnittlich – nämlich um 9,0 Prozent – abnahmen: 49,0 Prozent aller Konkurse kommen aus dem Dienstleistungsgewerbe (Vorjahr: 46,9 Prozent), das entspricht 8.180 Betrieben (Vorjahr: 8.990).

Auch die Rückgänge der Insolvenzen im Verarbeitenden Gewerbe fallen verhaltener aus als im Durchschnitt aller Branchen. Um 8,8 Prozent ging die Zahl der Insolvenzen auf 1.870 betroffene Betriebe zurück (Vorjahr: 2.050). Deutliche Unterschiede offenbaren sich bei der Insolvenzverteilung nach Ost- und Westdeutschland: Während im Westen lediglich ein Rückgang von 5,0 Prozent zu konstatieren ist, sank die Zahl der insolventen Unternehmen im Osten deutlich um 22,2 Prozent ab. Führende Volkswirte warnen vor einem bevorstehenden Stimmungsumschwung im Verarbeitenden Gewerbe, obwohl sich der Export nach wie vor gut entwickelt.

**Tab. 10: Risikobehaftete Branchen in Deutschland
im 1. Halbjahr 2006**

■	Insolvenzen je 10.000 Unternehmen
Verarbeitendes Gewerbe	102
<u>hierunter:</u>	
Stahl- und Leichtmetallbau	438
Herstellung von industriellen Prozess- steuerungsanlagen	407
Recycling von sonstigen Altmaterialien und Reststoffen	309
Baugewerbe	206
<u>hierunter:</u>	
Abbruch-, Spreng- und Entrümmungsgewerbe	702
Abdichtung gegen Wasser und Feuchtigkeit	521
Dämmung gegen Kälte, Wärme, Schall und Erschütterung	507
Handel	97
<u>hierunter:</u>	
Großhandel mit sonstigen Holzhalbwaren sowie Bauelementen aus Holz	472
sonstiger Einzelhandel an Verkaufsständen und Märkten	461
Handelsvermittlung von Büromaschinen und Software	436
Dienstleistungen	107
<u>hierunter:</u>	
Personen- und Objektschutzdienste	584
erlaubnisfreier und freigestellter Straßen- güterverkehr	562
Wäscherei	562
Gesamt	115
<u>hierunter:</u>	
Westdeutschland	108
Ostdeutschland	145

Quelle: Creditreform-Datenbank und Umsatzsteuerstatistik

Die relative Insolvenzbetroffenheit liegt in Ostdeutschland – trotz der stärkeren Abnahme der Konkurse – nach wie vor deutlich über der westdeutschen. Von 10.000 existenten Betrieben gehen in Ostdeutschland im Durchschnitt 145 in die Insolvenz, im Westen sind es 108. Tabelle 10 zeigt die besonders risikobehafteten Branchen der vier Hauptwirtschaftsbereiche.

**Tab. 11: Insolvenzen nach Umsatzgrößenklassen im
1. Halbjahr 2006 *) in Deutschland (in Mio. Euro)**

■	absolut	%-Anteil
bis 0,1	3.690 (3.700)	22,1 (19,3)
> 0,1 – 0,25	3.940 (4.420)	23,6 (23,1)
> 0,25 – 0,5	3.000 (3.430)	18,0 (17,9)
> 0,5 – 5,0	5.330 (6.660)	31,9 (34,8)
> 5,0 – 25,0	650 (820)	3,9 (4,3)
> 25,0 – 50,0	70 (80)	0,4 (0,4)
> 50,0	20 (40)	0,1 (0,2)
Gesamt	16.700 (19.150)	100,0 (100,0)

*) von Creditreform geschätzt; () = Vorjahresangaben
Quelle: Creditreform-Datenbank

Kleinstbetriebe mit einem Umsatz von weniger als 100.000 Euro im Jahr machen aktuell 22,1 Prozent des Insolvenzgeschehens in Deutschland aus. Der Anteil erhöhte sich – trotz einer leichten Abnahme der absoluten Zahlen – binnen Jahresfrist um 2,8 Prozentpunkte. Weiter abgenommen hat indessen der Anteil der insolventen Unternehmen mit einer Umsatzgrößenklasse von mehr als 50 Millionen Euro. Lediglich 0,1 Prozent der Unternehmensinsolvenzen werden von dieser Größenklasse gestellt – in absoluten Zahlen sind es 20 (Vorjahr: 40).

**Tab. 12: Insolvenzen nach Unternehmensalter im
1. Halbjahr 2006**

■	West	Ost	Deutschland
0 bis 2 Jahre	18,0 (17,3)	14,1 (14,3)	17,2 (16,6)
3 bis 4 Jahre	16,1 (16,6)	15,7 (15,3)	16,0 (16,4)
5 bis 6 Jahre	12,7 (13,7)	13,1 (15,0)	12,8 (14,0)
7 bis 8 Jahre	11,0 (10,2)	12,7 (13,5)	11,3 (10,9)
9 bis 10 Jahre	7,6 (8,6)	9,3 (10,2)	8,0 (8,9)
über 10 Jahre	34,6 (33,7)	35,1 (31,7)	34,7 (33,3)

Angaben in Prozent; () = Vorjahresangaben
Quelle: Creditreform-Datenbank

Die Zahl der insolventen Unternehmen, die bereits mehr als zehn Jahre am Markt agieren, steigt – wie auch schon im letzten Jahr – weiter an. 34,7 Prozent der in Konkurs geratenen Betriebe sind älter als zehn

Jahre. Im ersten Halbjahr 2005 waren es noch 33,3 Prozent, im ersten Halbjahr 2004 33,2 Prozent.

Ebenfalls zugenommen hat die Zahl der insolventen Existenzgründer, die mit ihrer Unternehmung noch keine zwei Jahre am Markt aktiv sind, und zwar von 16,6 Prozent im letzten Jahr auf aktuell 17,2 Prozent.

Tab. 13: Beschäftigtenzahl insolventer Unternehmen in Prozent im 1. Halbjahr 2006

■	West	Ost	Deutschland
1 – 5 Personen	76,2 (73,8)	73,8 (71,5)	75,7 (73,3)
6 – 10 Personen	11,0 (11,7)	12,4 (13,6)	11,3 (12,1)
11 – 20 Personen	6,6 (7,1)	7,3 (8,5)	6,7 (7,4)
21 – 50 Personen	4,2 (4,9)	4,7 (4,9)	4,3 (4,9)
51 – 100 Personen	1,3 (1,5)	1,2 (1,2)	1,3 (1,5)
> 100 Personen	0,7 (0,9)	0,6 (0,4)	0,7 (0,8)

Angaben in Prozent; () = Vorjahresangaben
Quelle: Creditreform-Datenbank

Die schon in der Kommentierung der Tabelle 11 angestellte Vermutung, dass insbesondere Kleinstbetriebe zunehmend von Insolvenzen betroffen sind, erhärtet sich beim Blick auf die Tabelle 13. War das Insolvenzgeschehen im vergangenen Jahr noch zu 73,3 Prozent von Betrieben mit bis zu 5 Beschäftigten dominiert, sind es aktuell schon 75,7 Prozent. Dagegen hat der Anteil der insolventen großen Mittelständler mit über 100 Beschäftigten leicht um 0,1 Prozentpunkte von 0,8 Prozent auf 0,7 Prozent abgenommen.

Tab. 14: Insolvenzen nach Rechtsformen im 1. Halbjahr 2006

■	West	Ost	Deutschland
freie Berufe	3,2 (2,8)	2,6 (2,1)	3,1 (2,6)
Kleingewerbe- treibende	49,9 (46,1)	61,7 (60,5)	52,4 (49,3)
BGB-Gesellschaft	1,2 (1,0)	1,5 (1,3)	1,3 (1,1)
Einzelfirma	4,6 (4,4)	2,2 (2,2)	4,1 (3,9)
OHG	0,4 (0,3)	0,2 (0,2)	0,4 (0,3)
KG	0,6 (0,5)	0,2 (0,4)	0,5 (0,5)
GmbH & Co. KG	4,2 (4,3)	1,9 (2,2)	3,7 (3,8)
GmbH	34,6 (39,3)	28,5 (29,8)	33,4 (37,2)
AG	0,7 (0,9)	0,3 (0,4)	0,6 (0,8)
eG	0,0 (0,0)	0,3 (0,2)	0,1 (0,1)
e. V.	0,4 (0,4)	0,7 (0,8)	0,5 (0,5)

Angaben in Prozent; () = Vorjahresangaben

Quelle: Creditreform-Datenbank

Mehr als die Hälfte der insolventen Unternehmen sind Kleingewerbebetriebe (52,4 Prozent). Der Anteil dieser Rechtsform stieg im Jahresverlauf noch einmal um 3,1 Prozentpunkte und lässt zusammenfassend den Schluss zu, dass das Insolvenzgeschehen zunehmend von Klein- und Kleinstbetrieben bestimmt wird, die wenig Umsatz machen und nur eine geringe Beschäftigtengröße aufweisen. Parallel zur Zunahme bei den Kleingewerbetreibenden nimmt die Zahl der insolventen GmbH ab. Machten sie im ersten Halbjahr 2004 noch 39,1 Prozent der Insolvenzen aus, waren es im letzten Halbjahr nur noch 37,2 Prozent und aktuell 33,4 Prozent.

Tab. 15: Eigenkapitalausstattung des Mittelstandes im Verhältnis zur Bilanzsumme

■	bis 10%	34,0 (37,0)
	bis 20%	25,3 (24,5)
	bis 30%	17,6 (16,4)
	über 30%	23,1 (22,1)

Angaben in % der Befragten, () = Vorjahresangaben

Finanzierung verbessert

Der Eigenkapitalausstattung kommt ebenso wie der Zahlungsmoral eine unmittelbare Bedeutung für das Insolvenzgeschehen zu. Zahlen Kunden langsam und verfügt ein Unternehmen nicht über die notwendigen

Eigenmittel, die entstandene Finanzierungslücke zu schließen oder zumindest zu überbrücken, kann es schnell in die eigene Zahlungsunfähigkeit abrutschen. Parallel zur Abnahme der Insolvenzen stieg sowohl die Zahl der fristgerechten Zahlungseingänge als auch die Eigenkapitalquote der Unternehmen schrittweise an. Zahlten im Frühjahr 2005 nur 62,8 Prozent der Kunden mittelständischer Unternehmer ihre Rechnung innerhalb von 30 Tagen, sind es aktuell 68,5 Prozent. Ausreichend kapitalisiert (mehr als 30 Prozent im Verhältnis zur Bilanzsumme) waren im letzten Frühjahr nur 22,1 Prozent der Unternehmen, aktuell sind es schon 23,1 Prozent. Doch weniger als zehn Prozent Eigenkapital haben 34,0 Prozent der im Frühjahr 2006 von Creditreform befragten 4.000 Unternehmen, was einem Rückgang von 3,0 Prozentpunkten im Jahresverlauf entspricht.

Auch der noch vor zwei Jahren viel beschworene credit-crunch und die Sorgen um Basel II scheinen geringer. Gut aufgestellte Unternehmen erhalten leichter Bankkredite. In Deutschland lockerte per Saldo ein Fünftel der von der EZB befragten Banken ihre Vergaberichtlinien. Da auch die Kreditnachfrage stieg (im Januar 2006 um 23 Prozent, im April um 18 Prozent), so die EZB, dürfte das Volumen der Kreditvergabe im ersten Quartal deutlich zugelegt haben.

Drohende Zinswende

Die Kehrseite der Medaille einer steigenden Kreditvergabe ist eine mögliche Zinswende. Die Zinssituation ist – und zwar nicht nur in Deutschland – auf einem so niedrigen Niveau wie seit Ende der 80er Jahre nicht mehr. Und das könnte sich ändern, befürchtet Malcom D. Knight, Chef der Bank für internationalen Zahlungsausgleich, wenn nämlich „nach mehr als zehn Jahren mit sinkenden Zinsen die Weltwirtschaft jetzt mitten in einer epochalen Trendwende steckt“.

Viele, gerade kleine und mittlere Unternehmen, nutzen eher kurzfristige Finanzierungsmöglichkeiten oder Kontokorrentkredite, die beim Auslaufen zu ungünstigeren Konditionen verlängert werden müssten. Auch wenn hierzulande noch keine amerikanischen Verhältnisse drohen, könnten Zinserhöhungen doch erhebliche fi-

nanzielle Einbußen bei Unternehmen verursachen und die Liquidität belasten.

1.6 Große Firmeninsolvenzen

Im vergangenen Jahr machte insbesondere eine Insolvenz von sich reden – und zwar der Niedergang des drittgrößten Baukonzerns, der Walter Bau AG.

In diesem Jahr war es vor allem die Pleite der **HEROS Sicherheitsdienste GmbH**, die Mitte Februar die Medien beherrschte. Und das nicht allein wegen der 4.600 Beschäftigten, deren Zukunft nun ungewiss ist. Heros war das größte Unternehmen im Bereich Geldtransporte in Deutschland mit einem Marktanteil von etwa 50 Prozent. Wie es gelang, ausgerechnet in einer Branche, wo Vertrauen besonders wichtig ist, rund 300 Millionen Euro an Kundengeldern beiseite zu schaffen, ist nach wie vor unklar. Heros war durch mutmaßliche Betrügereien ihrer Führungskräfte, die wie ein Schneeballsystem funktionierten, zahlungsunfähig geworden. Mittlerweile ist das Unternehmen an den amerikanischen Finanzinvestor Matlin Patterson verkauft und soll mit neuem Namen weitergeführt werden. Ziel sei es, so der Heros-Insolvenzverwalter Manuel Sack, 3.000 der 4.600 Arbeitsplätze zu sichern. Für die übrigen werde eine Beschäftigungsgesellschaft gegründet.

Platz zwei in der Halbjahresstatistik der größten Insolvenzen ist zugleich auch die jüngste Insolvenz in der Aufstellung: Am 12. Juni meldete der traditionsreiche Autohändler, die **Georg von Opel GmbH** Insolvenz wegen drohender Zahlungsunfähigkeit an. Die von der Familie des Firmengründers des Rüsselsheimer Autobauers Opel aufgebaute Georg von Opel GmbH zählt zu den größten Händlern in Deutschland mit derzeit 27 Niederlassungen. Als eines der wenigen Unternehmen in Deutschland gab Opel als Insolvenzgrund die drohende Zahlungsunfähigkeit an und legte gleichzeitig mit dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens einen Insolvenzplan zur Sanierung des Unternehmens vor. Durch diesen Insolvenzplan solle der Fortbestand des Unternehmens und der Erhalt der meisten der 750 Arbeitsplätze gesichert werden, hieß es von Seiten des

vorläufig eingesetzten Insolvenzverwalters Ottmar Hermann.

Nachdem die US-Finanzinvestoren das Konzept zur Rettung des Betriebes abgelehnt und alle bestehenden Finanzausagen sowie die Kreditverträge gekündigt hatten, musste Ende Januar der Industriebodenhersteller **Rinol AG** aus Renningen Insolvenz anmelden. Im Jahr 2004 war der Umsatz der Rinol-Gruppe auf knapp 106 Millionen Euro um mehr als die Hälfte eingebrochen. Der Jahresfehlbetrag lag bei 29,1 Millionen Euro. Mit 741 Mitarbeitern hatte sich die Zahl der Beschäftigten zum Vorjahr etwa halbiert. Nach Prüfung der vorhandenen Vermögenswerte, der bestehenden Sicherungsrechte, der angemeldeten Forderungen und der aus der Abwicklung resultierenden Masseverbindlichkeiten besteht derzeit keine Quotenaussicht für die einfachen Insolvenzgläubiger und die Aktionäre. Auch für die nachrangig besicherten Anleihegläubiger ist nicht mit einem Verwertungserlös zu rechnen.

Eine weitere, mutmaßlich auf betrügerische Aktivitäten der Inhaber zurückzuführende, Insolvenz belegt Platz vier der großen Unternehmensinsolvenzen im ersten Halbjahr 2006: Der Vorstandschef des insolventen WM-Maskottchen-Herstellers **NICI AG** aus Altenkunststadt habe über Scheinrechnungen und getürkte Lieferscheine die Bilanz gefälscht. Dafür wurden Rechnungen für nie produzierte oder verkaufte Waren an Factoring-Gesellschaften verkauft. Durch die Luftbuchungen sei ein Schaden von mehreren zehn Millionen Euro entstanden, berichtete die Süddeutsche Zeitung. Anders als zuvor spekuliert wurde, war der schleppende Verkauf des WM-Maskottchens ohne Hose („Goleo“) doch nicht Ursache der Insolvenz. Betroffen sind etwa 530 Beschäftigte.

Platz fünf belegt die Firma **M + S Reinigungs-Service GmbH** aus Hamburg, die Mitte März 2006 einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens stellte. Der Gebäudereiniger arbeitete mit bis zu 526 Beschäftigten. Laut Pressemitteilungen läuft auch hier ein staatsanwaltliches Ermittlungsverfahren gegen die Eigentümer.

Tab. 16: „Top-Five“ der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland im 1. Halbjahr 2006

■	Unternehmen	Geschäftszweck
	HEROS Sicherheitsdienste GmbH, Hannover	Wach- und Sicherheitsdienste
	Unternehmensgruppe Georg von Opel GmbH, Frankfurt	Großhandel mit Kraftwagen; Groß- und Einzelhandel mit Kraftwagenteilen und Zubehör; Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen
	RINOL AG, Renningen	Fußboden-, Oberflächen-, Betonsanierungs-, Beschichtungs- und Industriebodentechnik
	NICI AG, Altenkunstadt	Einzelhandel mit Spielwaren
	M + S Reinigungs-Service GmbH, Hamburg	Reinigung von Gebäuden, Räumen und Inventar; Erbringung von sonstigen Dienstleistungen

Quelle: Creditreform-Datenbank

Im Zusammenhang mit großen oder zumindest doch medienrächtigen Insolvenzen dürfen folgende Namen nicht unerwähnt bleiben: Die Wohnungsbaugesellschaft Leipzig-West AG stellte am 19. Juni einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens. Das Unternehmen hatte nicht an der Börse gehandelte Anleihen ausgegeben und war Anwälten zufolge mit Zins- und Rückzahlungen der Anleihen in Verzug. Der mögliche Schaden wird auf bis zu 300 Millionen Euro geschätzt. Von den Zahlungsausfällen könnten bis zu 30.000 Anleger betroffen sein. Knapp an der Pleite vorbei rutschten im ersten Halbjahr 2006 der Sportclub TSV 1860 München, der traditionsreiche Modellbahn-Hersteller Märklin, die zur Heitkamp-Gruppe gehörende Bergbaugesellschaft Deilmann-Haniel und der Hockenheimring.

Es gibt allerdings auch Gutes aus der Insolvenzwelt der Großkonzerne zu berichten: Die Senator Entertainment AG wurde erfolgreich aus der Insolvenz entlassen, die Drogeriemarktkette Ihr Platz ist saniert und will wieder auf Expansionskurs gehen und der Schreibwarenhersteller Herlitz will noch in diesem Jahr die Restrukturierungsmaßnahmen abschließen, um wieder erfolgreich am Markt zu agieren.

■ 2 Neueintragungen und Löschungen von Unternehmen

2.1 Gründungsbilanz

Im ersten Halbjahr 2006 steigen die Gewerbeanmeldungen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 1,8 Prozent auf 472.700. In absoluten Zahlen wurden 8.500 mehr Betriebe in die Register eingetragen als im ersten Halbjahr 2005. Diesem moderaten Zuwachs bei den Gewerbeanmeldungen steht ein starker Anstieg der Abmeldungen gegenüber: In den ersten sechs Monaten dieses Jahres wurden 396.700 Unternehmen aus den Registern gestrichen. Das sind 9,0 Prozent mehr als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Die stärkere Zunahme bei den Löschungen gegenüber den Neugründungen hat zur Folge, dass der Saldo aus An- und Abmeldungen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um fast ein Viertel abnimmt.

Deutlich mehr Abmeldungen

Tab. 17: Gründungsbilanz im 1. Halbjahr 2006 *) für Deutschland

■	Anmeldungen	Veränd. in Prozent	Abmeldungen	Veränd. in Prozent
Nur Gewerbe- register:	419.500 (408.700)	+ 2,6	363.500 (329.800)	+ 10,2
Handels- register:	53.200 (55.500)	- 4,1	33.200 (34.300)	- 3,2
Gesamt:	472.700 (464.200)	+ 1,8	396.700 (364.100)	+ 9,0
Saldo:	76.000 (100.100)	- 24,1		

*) Creditreform-Schätzung; () = Vorjahresangaben

Während bei den Anmeldungen insgesamt eine leichte Zunahme zu verzeichnen ist, sind die Neueintragungen ins Handelsregister rückläufig. Im ersten Halbjahr 2006 wurden 2.300 Betriebe weniger als im entsprechenden Zeitraum 2005 ins Handelsregister eingetragen. Dies entspricht einem Rückgang um 4,1 Prozent.

**Tab. 18: Gründungsbilanz im 1. Halbjahr 2006 *)
für Westdeutschland**

■	Anmel- dungen	Veränd. in Prozent	Abmel- dungen	Veränd. in Prozent
Nur Gewerbe- register:	340.300 (325.200)	+ 4,6	291.800 (262.300)	+ 11,2
Handels- register:	44.400 (46.600)	- 4,7	27.700 (27.800)	- 0,4
Gesamt:	384.700 (371.800)	+ 3,5	319.500 (290.100)	+ 10,1
Saldo:	65.200 (81.700)	- 20,2		

*) Creditreform-Schätzung; () = Vorjahresangaben

Bei der Unternehmensfluktuation existieren weiterhin Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Im Westen stieg die Zahl der Neugründungen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 3,5 Prozent. Der Osten hingegen verzeichnete einen Rückgang der Gewerbeanmeldungen um 4,8 Prozent. Auch die Abmeldungen zeigen Unterschiede zwischen Ost und West. Der Anstieg in Westdeutschland ist mit 10,1 Prozent mehr als doppelt so hoch als im Osten (4,3 Prozent). Andererseits sanken in Ostdeutschland die Löschungen aus dem Handelsregister um 15,4 Prozent, während Westdeutschland nur einen Rückgang um 0,4 Prozent verzeichnete. Der Saldo aus An- und Abmeldungen sinkt im Westen um über ein Fünftel, im Osten sogar um über 40 Prozent.

Sinkende Fluktuation im Handelsregister

**Tab. 19: Gründungsbilanz im 1. Halbjahr 2006 *)
für Ostdeutschland**

■	Anmel- dungen	Veränd. in Prozent	Abmel- dungen	Veränd. in Prozent
Nur Gewerbe- register:	79.200 (83.500)	- 5,1	71.700 (67.500)	+ 6,2
Handels- register:	8.800 (8.900)	- 1,1	5.500 (6.500)	- 15,4
Gesamt:	88.000 (92.400)	- 4,8	77.200 (74.000)	+ 4,3
Saldo:	10.800 (18.400)	- 41,3		

*) Creditreform-Schätzung; () = Vorjahresangaben

Forciert durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie die Existenzgründungszuschüsse (Ich-AG) erreichten die Gründungen im Jahr 2004 einen Höhepunkt. Nach Verschärfung der Regeln für die Bewilligung von Existenzgründungszuschüssen schwächten sich die Gründungsaktivitäten im vergangenen Jahr ab, was sich in rückläufigen Gewerbeanmeldungen niederschlug.

Tab. 20: Gründungsgeschehen von 2000 bis 2006 in Deutschland

■	Neuzugänge	Löschungen	Saldo
2000	832.000	629.000	203.000
2001	758.000	660.000	98.000
2002	720.000	637.000	83.000
2003	785.000	642.000	143.000
2004	960.500	677.600	282.900
2005 Hj.	464.200	364.100	100.100
2005	910.500	694.900	215.600
2006 Hj. *)	472.700	396.700	76.000

*) von Creditreform geschätzt

Wie die Entwicklung in diesem Jahr nach dem leichten Anstieg im ersten Halbjahr weitergeht, hängt auch von den Auswirkungen der Reform der Existenzgründungsförderung (Ich-AG) ab. Die Ich-AG wird zum 30. Juni abgeschafft. Nach Zustimmung des Bundesrats wird voraussichtlich ab August ein neues Instrument zur Förderung arbeitsloser Existenzgründer eingeführt, das auch das bisherige Überbrückungsgeld ersetzt.

Ich-AG wird neu geregelt

Dieses neue Instrument ist in zwei Phasen konzipiert. In der ersten Phase von neun Monaten besteht für arbeitslose Existenzgründer ein Rechtsanspruch auf Förderung. Über die zweite Phase von weiteren sechs Monaten entscheidet die Arbeitsagentur nach Ermessen. Damit wird die Förderung insgesamt bis zu 15 Monaten gewährt. Das ist kürzer als beim Existenzgründungszuschuss (Ich-AG), aber länger als beim bisherigen Überbrückungsgeld. Die Höhe der Förderung setzt sich aus dem individuellen Arbeitslosengeldanspruch und einem Pauschalbetrag von monatlich 300 Euro zusammen.

Tab. 21: Gründungsgeschehen von 2000 bis 2006 in Westdeutschland

■	Neuzugänge	Löschungen	Saldo
2000	695.000	520.000	175.000
2001	639.000	545.000	94.000
2002	584.000	510.000	74.000
2003	640.000	520.000	120.000
2004	763.300	546.200	217.100
2005 Hj.	371.800	290.100	81.700
2005	730.200	554.700	175.500
2006 Hj. *)	384.700	319.500	65.200

*) von Creditreform geschätzt

Mit einer zeitlichen Verzögerung wirkt sich die hohe Zahl von Gründern aus der Arbeitslosigkeit und anderen Kleinstgründern auch auf die Zahl der Abmeldungen aus. Für das erste Quartal 2006 berichtete das Statistische Bundesamt über einen starken Anstieg bei den aufgegebenen Kleinbetrieben. In den ersten drei Monaten des Jahres 2006 haben in Deutschland 120.000 Klein- und Nebenerwerbsbetriebe geschlossen, das waren 9,3 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Das Statistische Bundesamt sieht diese Entwicklung im direkten Zusammenhang mit dem Gründungsboom der letzten Jahre bei Kleinbetrieben, zu denen auch die Ich-AGs zählen.

Viele Gründer geben auf

Tab. 22: Gründungsgeschehen von 2000 bis 2006 in Ostdeutschland

■	Neuzugänge	Löschungen	Saldo
2000	137.000	109.000	28.000
2001	119.000	115.000	4.000
2002	136.000	127.000	9.000
2003	145.000	122.000	23.000
2004	197.200	131.500	65.700
2005 Hj.	92.400	74.000	18.400
2005	180.300	140.200	40.100
2006 Hj. *)	88.000	77.200	10.800

*) von Creditreform geschätzt

2.2 Parameter der Unternehmensfluktuation

Wie die vorangegangene Analyse verdeutlicht hat, ist die Zahl der Neueintragungen ins Handelsregister trotz insgesamt steigender Unternehmensgründungen rückläufig. Eine mögliche Ursache dafür könnte darin liegen, dass immer mehr deutsche Gründer eine ausländische Rechtsform wählen. Seit der Europäische Gerichtshof im Jahr 2003 alle europäischen Rechtsformen gleichgestellt hat, erfreut sich insbesondere die britische Rechtsform Private Limited Company bei deutschen Unternehmern großer Beliebtheit. Diese Rechtsform gilt als schnelle und unbürokratische Alternative zur deutschen GmbH. Eine kürzlich erschienene Studie der Said Business School der University of Oxford bezifferte die Zahl der Limited-Gründungen durch deutsche Unternehmer für das Jahr 2005 auf 11.463. Zum Vergleich: Im Jahr 2000 – etwa drei Jahre vor dem Urteil des EuGH – waren es lediglich 232.

GmbH soll attraktiver werden

„Deutsche Unternehmen fliehen aus der GmbH“, schrieb das Handelsblatt am 1. Juni 2006. Als Reaktion auf die schwindende Attraktivität der deutschen Rechtsform bei den Unternehmern hat das Bundesjustizministerium einen Gesetzentwurf zur Reform des deutschen GmbH-Rechts vorgelegt. Danach sollen GmbHs wesentlich schneller und einfacher gegründet werden können. Zentrales Element der Novelle ist eine Absenkung des für die GmbH-Gründung notwendigen Stammkapitals von 25.000 auf 10.000 Euro. Die Mindestkapitalanforderung gilt als Hauptgrund für die Flucht in die Rechtsform der Limited, für die lediglich ein Kapital von einem Pfund notwendig ist.

Dieser Passus des vorgelegten Gesetzentwurfs ist äußerst kritisch zu sehen. Eine Herabsetzung des Stammkapitals würde die ohnehin schon ausgeprägte Insolvenzanfälligkeit der GmbHs weiter erhöhen. Eine Creditreform Analyse hat ergeben, dass GmbHs, die mit einem Haftungskapital von mehr als 50.000 Euro ausgestattet sind, seltener am Insolvenzgeschehen beteiligt sind, während GmbHs, die lediglich über das Mindeststammkapital von 25.000 Euro verfügen, überproportional von Insolvenzen betroffen sind.

In diesem Zusammenhang muss auch auf ein Urteil des Landgerichts Kiel verwiesen werden, das die Vorzüge der Limited gegenüber der GmbH relativiert hat. Das Gericht verurteilte einen Geschäftsführer einer Limited persönlich zur Haftung gegenüber einem Geschäftspartner. Demnach muss sich auch der „Director“ einer Limited an deutsches Insolvenzrecht halten, wenn diese nur in Deutschland tätig ist. Sonst drohen persönliche Haftung und Strafverfahren.

Tab. 23: Neueintragungen nach Wirtschaftsbereichen im 1. Halbjahr 2006 *)

■	Westdeutschland		Ostdeutschland		Gesamt	
	absolut	%-Anteil	absolut	%-Anteil	absolut	%-Anteil
Land- u. Forstwirtsch. / Fischerei u. Fischzucht, Bergbau. u. Gewinn. v. Steinen u. Erden	9	0,02	3	0,03	12	0,02
Verarbeitendes Gewerbe	1.085	2,44	216	2,45	1.301	2,44
Energie u. Wasser - versorgung	509	1,15	153	1,74	662	1,24
Baugewerbe	1.128	2,54	364	4,13	1.492	2,80
Kfz-Handel	544	1,23	114	1,29	658	1,24
Groß- u. Einzelhandel	8.071	18,18	1.669	18,95	9.740	18,30
Gastgewerbe	588	1,32	131	1,49	719	1,35
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	809	1,82	131	1,49	940	1,77
Kredit- u. Versicherungsgewerbe	106	0,24	12	0,14	118	0,22
Grundstücks- u. Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen	948	2,13	176	2,00	1.124	2,11
Datenverarbeitung u. Datenbanken	696	1,57	111	1,26	807	1,52
Forschung u. Entwicklung	–	–	8	0,09	8	0,02
unternehmensnahe Dienstleistungen	29.305	66,00	5.581	63,36	34.886	65,56
sonstige persönliche Dienstleistungen (Wäscherei, Frisöre, Bestattungswesen etc.)	605	1,36	140	1,59	745	1,40
Gesamt	44.403	100,00	8.809	100,01	53.212	99,99

*) von Creditreform geschätzt

Fast zwei Drittel der Unternehmen, die im ersten Halbjahr 2006 ins Handelsregister eingetragen wurden, sind unternehmensnahe Dienstleister. Damit stellt dieser Wirtschaftsbereich mit großem Abstand vor dem Handel die meisten Neugründungen mit Handelsregistereintragung. Überprüft man alle 472.700 Neugründungen der ersten sechs Monate 2006 mit Hilfe der Creditreform Wirtschaftsdatenbank auf Wirtschaftsaktivität, so können 66.100 Betriebe als tatsächlich wirtschaftsaktiv identifiziert werden. Das sind 2.100 mehr als im Vorjahreszeitraum.

**Neugründungen meist
Dienstleister**

**Tab. 24: Wirtschaftaktive Neugründungen in Deutschland
im 1. Halbjahr 2006 *)**

■	wirtschaftsaktive Neugründungen (absolut)
Verarbeitendes Gewerbe	4.000 (3.800)
Baugewerbe	5.200 (5.100)
Handel	18.500 (18.000)
Dienstleistungen	38.400 (37.100)
Gesamt	66.100 (64.000)

*) von Creditreform geschätzt; () = Vorjahresangaben
Quelle: Creditreform-Datenbank

Neben positiven Effekten auf Innovation, Wettbewerb und Strukturwandel, erhofft man sich von Gründungsunternehmen insbesondere Impulse für den Arbeitsmarkt. Empirische Studien haben gezeigt, dass junge Firmen – sofern sie überleben – schneller wachsen und überproportional Arbeitsplätze schaffen. Die durchschnittliche Zahl neu geschaffener Arbeitsplätze ist in den Wirtschaftsbereichen unterschiedlich. Multipliziert man die Anzahl neuer, wirtschaftsaktiver Unternehmen mit der Zahl durchschnittlich geschaffener Arbeitsplätze, so kann die durch Neugründungen gewonnene Beschäftigung für die einzelnen Wirtschaftszweige quantifiziert werden.

Tab. 25: Durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten bei den produktiven Neugründungen im 1. Halbjahr 2006

■	Deutschland
Verarbeitendes Gewerbe	5
Baugewerbe	2
Handel	2
Dienstleistungen	2

Quelle: Creditreform-Datenbank

Für das erste Halbjahr 2006 rechnet Creditreform mit 144.200 neuen Arbeitsplätzen durch Unternehmensgründungen. Das sind 4.800 mehr als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Die meisten neuen Arbeitsplätze durch wirtschaftsaktive Neugründungen verzeichnet der Dienstleistungsbereich. Auf diesen Wirtschaftszweig entfallen mehr als die Hälfte der 144.200 neuen Stellen (76.800).

Tab. 26: Zahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze durch wirtschaftsaktive Betriebe im 1. Halbjahr 2006 *) in Deutschland

■	Zahl der Beschäftigten	
Verarb. Gewerbe	5 x 4.000	20.000 (19.000)
Baugewerbe	2 x 5.200	10.400 (10.200)
Handel	2 x 18.500	37.000 (36.000)
Dienstleistungen	2 x 38.400	76.800 (74.200)
Gesamt	66.100	144.200 (139.400)

*) von Creditreform geschätzt; () = Vorjahresangaben

Quelle: Creditreform-Datenbank

Neben der Schaffung neuer Arbeitsplätze, ist insbesondere die geografische Verteilung der neu gegründeten Unternehmen von hohem öffentlichem Interesse. Betrachtet man die Gründungsaktivität anhand der Handelsregisterneueintragungen je 10.000 Unternehmen, dann belegen – wie in den Vorjahren – die Stadtstaaten die vorderen Plätze. In Hamburg kommen auf 10.000 bestehende Unternehmen 675 Gründungen. Das sind 24 Neueintragungen weniger als vor einem Jahr. Das zweitplatzierte Berlin verbessert sich hingegen gegenüber dem Vorjahr um 76 auf 619 Handelsregisterneueintragungen je 10.000 bestehender Unter-

Mehr Gründungen in Berlin

nehmen. Damit macht die Hauptstadt von allen Bundesländern den größten Sprung nach vorn.

Am unteren Ende dieser Rangliste liegen die ostdeutschen Länder Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen. Während in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen die Gründungsaktivität deutlich niedriger ist als vor einem Jahr, kann sich Thüringen verbessern, bleibt aber mit 250 Neueintragungen je 10.000 Unternehmen auf dem vorletzten Platz.

Tab. 27: Handelsregisterneueintragungen je 10.000 Unternehmen nach Bundesländern im 1. Halbjahr 2006

■	Neueintragungen
Hamburg	675
Berlin	619
Bremen	486
Schleswig-Holstein	441
Niedersachsen	412
Hessen	391
Nordrhein-Westfalen	385
Brandenburg	334
Bayern	330
Baden-Württemberg	321
Saarland	276
Rheinland-Pfalz	263
Sachsen-Anhalt	261
Mecklenburg-Vorpommern	259
Thüringen	250
Sachsen	246
Gesamt	365

Bei der Analyse der Gründungsaktivität auf Basis der Handelsregisterneueintragungen je 10.000 bestehender Unternehmen muss allerdings berücksichtigt werden, dass diese Verhältniszahl umso größer ist, je weniger Betriebe im betreffenden Bundesland im Handelsregister registriert sind. Sind bereits viele Unternehmen vorhanden, dann muss die Zahl der Neugründungen entsprechend hoch sein, um eine hohe Gründungsaktivität zu erreichen.

Betrachtet man die Neugründungen nach Bundesländern in absoluten Zahlen, liegen traditionell die großen und wirtschaftsstarken Flächenländer vorne. Im ersten Halbjahr 2006 wurden in Nordrhein-Westfalen 11.941 Unternehmen ins Handelsregister eingetragen.

Tab. 28: Unternehmensneueintragungen und -lösungen nach Bundesländern in West- und Ostdeutschland für das 1. Halbjahr 2006 *)

■	Unternehmensneueintragungen	Unternehmenslösungen	Saldo
Nordrhein-Westfalen	11.941	7.858	4.083
Bayern	8.502	4.424	4.078
Baden-Württemberg	6.518	4.498	2.020
Niedersachsen	5.129	2.871	2.258
Hessen	4.534	3.056	1.478
Berlin	3.447	1.874	1.573
Hamburg	2.612	1.317	1.295
Schleswig-Holstein	2.211	1.293	918
Rheinland-Pfalz	1.964	1.485	479
Sachsen	1.660	1.283	377
Brandenburg	1.298	815	483
Thüringen	904	561	343
Sachsen-Anhalt	851	579	272
Mecklenburg-Vorp.	649	431	218
Bremen	526	489	37
Saarland	466	421	45
Gesamt	53.212	33.255	19.957

*) von Creditreform geschätzt

Wie in den ersten sechs Monaten des Vorjahres, belegen die bevölkerungsarmen und wirtschaftsschwachen Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Bremen und das Saarland bei den Gründungen in absoluten Zahlen die unteren Plätze. In allen drei Ländern sind sowohl die An- als auch die Abmeldungen gefallen. Am Saldo gemessen hat sich Mecklenburg-Vorpommern – im Gegensatz zu Bremen und dem Saarland – gegenüber dem Vorjahreszeitraum leicht verbessert.

■ 3 Zusammenfassung

Im ersten Halbjahr 2006 reduzierte sich die Zahl der Unternehmensinsolvenzen deutlich um 12,8 Prozent auf 16.700 betroffene Firmen (Vorjahr: 19.150). Die Insolvenzen von Verbrauchern steigen dagegen weiter stark an. In den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres stellten 43.600 Personen einen Insolvenzantrag, das sind 12.650 Personen oder 40,9 Prozent mehr als in der ersten Jahreshälfte 2005. Die „sonstigen Insolvenzen“, die sich aus ehemals Selbstständigen, überschuldeten Nachlässen, Stiftungen und Vereinen zusammensetzen, legten moderat um 4,5 Prozent auf 16.000 Fälle zu. Die Gesamtinsolvenzen summieren sich innerhalb der ersten sechs Monate des laufenden Jahres auf 76.300, was einem Anstieg um 16,6 Prozent entspricht (Vorjahr: 65.410).

Die Creditreform Wirtschaftsforschung rechnet für das Gesamtjahr 2006 mit 32.000 bis 34.000 Unternehmensinsolvenzen und 130.000 bis 140.000 Insolvenzen von Privatpersonen, so dass die Zahl der Gesamtinsolvenzen im Jahr 2006 zwischen 162.000 und 174.000 Fällen liegen würde.

Die Unternehmensinsolvenzen gehen in den neuen Bundesländern deutlich stärker zurück als in den alten: Während in Westdeutschland eine Verringerung um 10,3 Prozent auf 13.000 betroffene Unternehmen zu verzeichnen ist (1. Halbjahr 2005: 14.500), liegt die Abnahme in Ostdeutschland bei 20,4 Prozent auf 3.700 Unternehmen (1. Halbjahr: 2005: 4.650). Die Verbraucherinsolvenzen nehmen in Ostdeutschland stärker zu als in Westdeutschland: Liegt die Steigerungsrate bei den Verbraucherinsolvenzen in Westdeutschland bei 39,2 Prozent (von 24.000 Insolvenzen im ersten Halbjahr 2005 auf 33.400 im ersten Halbjahr 2006), so sind im Osten 46,8 Prozent mehr Verbraucherinsolvenzen zu zählen. Waren es im 1. Halbjahr 2005 noch 6.950 Fälle, sind es aktuell schon 10.200. Die Gesamtinsolvenzen belaufen sich für Westdeutschland auf 57.700 und für Ostdeutschland auf 18.600 Fälle.

Die Insolvenzschäden entwickelten sich entsprechend dem Rückgang der Unternehmensinsolvenzen: Waren im vergangenen Jahr noch Forderungen in Höhe von 18,8 Milliarden Euro unerfüllt geblieben, sind es aktuell noch 17,1 Milliarden. Die privaten Forderungen belaufen sich auf 11,3 Milliarden Euro (Vorjahr: 12,5 Milliarden Euro), der öffentlichen Hand bleiben Schäden von 5,8 Milliarden Euro (Vorjahr: 6,3 Milliarden Euro).

Auch die Zahl der insolvenzbedrohten Arbeitsplätze ist im Jahresvergleich zurückgegangen. Waren im ersten Halbjahr 2005 noch 269.000 Arbeitnehmer von der Insolvenz ihres Arbeitgebers betroffen, sind es aktuell noch 234.000. Die durchschnittliche Schadenssumme, die eine Unternehmensinsolvenz verursachte, stieg hingegen leicht an: Beliefen sich die Forderungsverluste pro Insolvenz im vergangenen Jahr noch auf 653.000 Euro, sind es im ersten Halbjahr 2006 677.000 Euro.

Der Blick auf die Insolvenzen nach Hauptwirtschaftsbereichen zeigt eine unterschiedliche Branchenentwicklung: Während die Insolvenzen im Bau und im Handel deutlich zurückgingen (im Bau um 16,8 Prozent auf 3.260 betroffene Betriebe; im Handel sogar um 19,1 Prozent auf 3.390 Unternehmen), nahmen die Insolvenzen in den Bereichen Verarbeitendes Gewerbe und Dienstleistungen nur unterdurchschnittlich ab. In den Dienstleistungsbereichen schrumpfte das Insolvenzaufkommen um 9,0 Prozent auf 8.180 Fälle, im Verarbeitenden Gewerbe ist ein Rückgang um 8,8 Prozent auf 1.870 Unternehmen zu konstatieren. Die relative Insolvenzbetroffenheit wird errechnet, indem die Zahl der existierenden Betriebe durch die Zahl der Insolvenzen geteilt wird. In Westdeutschland gehen im ersten Halbjahr 2006 von 10.000 Unternehmen durchschnittlich 108 in die Insolvenz, in Ostdeutschland sind es 145.

Die Mehrheit (75,7 Prozent; Vorjahr: 73,3 Prozent) der insolventen Unternehmen beschäftigt zwischen ein bis fünf Personen. Betriebe mit mehr als 100 Beschäftigten machen nur einen kleinen Teil (0,7 Prozent; Vorjahr 0,8 Prozent) aus. Zugenommen haben auch noch

einmal die Insolvenzen von Kleingewerbetreibenden, sie machen mittlerweile 52,4 Prozent (Vorjahr: 49,3 Prozent) des gesamten Insolvenzgeschehens aus. Insolvente GmbHs schlagen mit 33,4 Prozent (Vorjahr: 37,2 Prozent) zu Buche.

Kleinstbetriebe mit einem Umsatz von weniger als 100.000 Euro im Jahr machen aktuell 22,1 Prozent des Insolvenzgeschehens in Deutschland aus. Der Anteil erhöhte sich binnen Jahresfrist um 2,8 Prozentpunkte. Weiter abgenommen hat indessen der Anteil der insolventen Unternehmen mit einer Umsatzgrößenklasse von mehr als 50 Millionen Euro. Lediglich 0,1 Prozent der Unternehmensinsolvenzen werden von dieser Größenklasse gestellt.

Die Zahl der insolventen Unternehmen, die bereits mehr als zehn Jahre am Markt agieren, steigt weiter an. 34,7 Prozent der in Konkurs geratenen Betriebe sind älter als zehn Jahre. Im ersten Halbjahr 2005 waren es noch 33,3 Prozent.

Im ersten Halbjahr 2005 machte die Pleite des drittgrößten Baukonzerns, der Walter Bau AG von sich reden. In den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres ist es der Zusammenbruch der HEROS Sicherheitsdienste GmbH, und zwar nicht nur wegen der betroffenen 4.600 Beschäftigten, sondern vor allem wegen der kriminellen Machenschaften der Verantwortlichen, der Aufsehen erregte. Auf den Plätzen zwei und drei des Insolvenzrankings liegen die Georg von Opel GmbH und die Pleite des Fußbodenherstellers Rinol AG. Auf den Plätzen vier und fünf folgen der Goleo-Hersteller NICI AG und die Firma M + S Reinigungs-Service GmbH.

In den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres wurden insgesamt 472.700 Unternehmen angemeldet, das entspricht einer Zunahme um 8.500 Betriebe im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Gleichzeitig erhöhte sich jedoch die Zahl der Abmeldungen stärker – und zwar um 32.600 Fälle auf 396.700. Insbesondere Klein- und Kleinstunternehmen strichen in den vergangenen Monaten die Segel. Ob dieser Trend anhalten

wird, hängt vom Erfolg des neuen Instruments zur Förderung arbeitsloser Existenzgründer ab. Ab August 2006 ersetzt der so genannte Gründungszuschuss die bisherigen Instrumente Ich-AG und Überbrückungsgeld.

66.100 neu gegründete Unternehmen sind tatsächlich wirtschaftsaktiv und schufen insgesamt 144.200 neue Arbeitsplätze. Am gründungsstärksten war der Dienstleistungssektor.

Trotz der insgesamt steigenden Zahl der Neugründungen, wurden in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres weniger Handelsregistereintragungen vorgenommen als noch vor einem Jahr. So fiel die Zahl der Neueintragungen ins Handelsregister um insgesamt 4,1 Prozent auf 53.200 Fälle.

Gestiegen ist dagegen die Zahl der Neugründungen von ausländischen Rechtsformen. Insbesondere die englische Limited erfreut sich zunehmender Beliebtheit. Um der Flucht in ausländische Rechtsformen zu begegnen, hat das Bundesjustizministerium eine Novelle zur Reform des GmbH-Gesetzes vorgelegt, die unter anderem vorsieht, das Stammkapital der GmbH von vormals 25.000 Euro auf 10.000 Euro herabzusetzen. Ziel ist es, die GmbH für Gründer wieder attraktiver zu machen. Zu bedenken bleibt allerdings, dass damit die Insolvenzanfälligkeit der GmbH weiter zunehmen würde.

Neuss, 28. Juni 2006

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschaftsforschung

Leitung: Michael Bretz, Telefon: (02131) 109-171

Hellersbergstr. 12, D - 41460 Neuss

Alle Rechte vorbehalten

© 2006, Verband der Vereine Creditreform e.V.,
Hellersbergstr. 12, 41460 Neuss

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e.V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzausgaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.